

Gastkolumne von Ulla Jelpke**Unterschätzung der rechten Gefahr**

Seit vier Monaten arbeitet der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Nazimordserie des NSU, seit einem Monat werden die ersten Zeugen vernommen. Sensationelles konnte bisher nicht zu Tage gefördert werden, es bestätigt sich aber ein Bild, das von Antifaschisten schon immer erkannt wurde: Die tödliche Gefahr von rechts wurde unterschätzt, Rassismus als Motivation für Morde an Migranten kommt im Weltbild der Ermittlungsbehörden nicht vor.



Gegenwärtig werden Zeugen zur Mordserie gehört. Fünf von 10 Morden geschahen in Bayern und wurden in Bayern ermittelt. Die bayrische Sonderkommission (BAO Bosphorus) kam - immerhin als einzige Ermittlungseinheit - nach sechs Jahren Ermittlungen in die falsche Richtung auf die Idee, die Täter könnten aus der Naziszene kommen. Bis dahin hatte man die Täter im Umfeld der Organisierten Kriminalität gesucht und damit die Opfer gleich mit in die kriminelle Ecke geschoben. Doch die neue Ermittlungsthese aus Bayern stieß laut Akten auf wenig Gegenliebe bei den anderen Bundesländern und beim BKA. Hier hielt man eisern am falschen Ansatz fest. Auch in Bayern ließ man die BAO Bosphorus ins Leere laufen. Exemplarisch zeigt sich das am Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Bayern. Die BAO bat hier um Unterstützung bei der Ermittlung nach Nazis als möglichen Tätern. Doch das LfV torpedierte die Ermittlungen in diese Richtung so gut es konnte. Sieben Monate brauchte man für die Antwort auf die Frage nach Nazis aus dem Raum Nürnberg, in dem man die Täter vermutete. Schließlich lieferte das LfV eine wertlose Namensliste. Kein Wort über die Kontakte der bayrischen Naziszene nach Thüringen, kein Hinweis zu abgetauchten militanten Nazis, keine Abfrage bei anderen Verfassungsschutzämtern nach gewaltbereiten und gesuchten Nazis. Nicht nur in Thüringen, auch in Bayern hat der Verfassungsschutz seine Überflüssigkeit bewiesen.

Diskutiert wird gegenwärtig, ob die Ermittlungen zur Mordserie nicht zentral vom BKA hätten geführt werden müssen. Vor allem die Verfechter einer Zentralisierung der Sicherheitsbehörden verweisen darauf. Auf Bundesebene war man jedoch nicht einmal bereit, die Nazimordthese ernsthaft zu prüfen.

Ein Schluss aus dem Untersuchungsausschuss lässt sich schon jetzt ziehen: die Unterschätzung der Gefahr von rechts ist tödlich und die Beobachtung der Szene darf nicht denen überlassen werden, die so

grandios versagt haben. Die Stärkung von antifaschistischem Engagement und die Stärkung von unabhängiger Beobachtung der Naziszene muss eine Konsequenz sein.

 zurück

Artikel versenden